

**Vorbericht
zum Haushaltsplan
der Universitätsstadt Marburg
für das Haushaltsjahr
2 0 0 9**

Die Umstellung der Haushaltsplanung auf einen Produkthaushalt auf Basis der doppelten Buchführung hat auch Auswirkungen auf die Erstellung und Inhalte des bisher bekannten Vorberichts.

Die im Vorbericht mit zu beleuchtenden Vorjahre, in unserem Fall die Haushaltsjahre 2007 und 2008, wurden nach den bisher geltenden kameraleen Vorschriften geplant und vollzogen.

Durch die Unterschiede im Buchführungsverfahren sowie durch die Darstellung nach Produkten ist eine Überführung der kameraleen Daten in das neue Rechnungswesen, wenn überhaupt, nur mit sehr viel Aufwand möglich. Im Gesamtergebnishaushalt und in den Teilergebnishaushalten sind zwar Planzahlen des Haushaltes 2008 dargestellt, diese können und sollen jedoch nur Anhaltspunkte sein und sind daher für Vergleichszwecke nur bedingt geeignet.

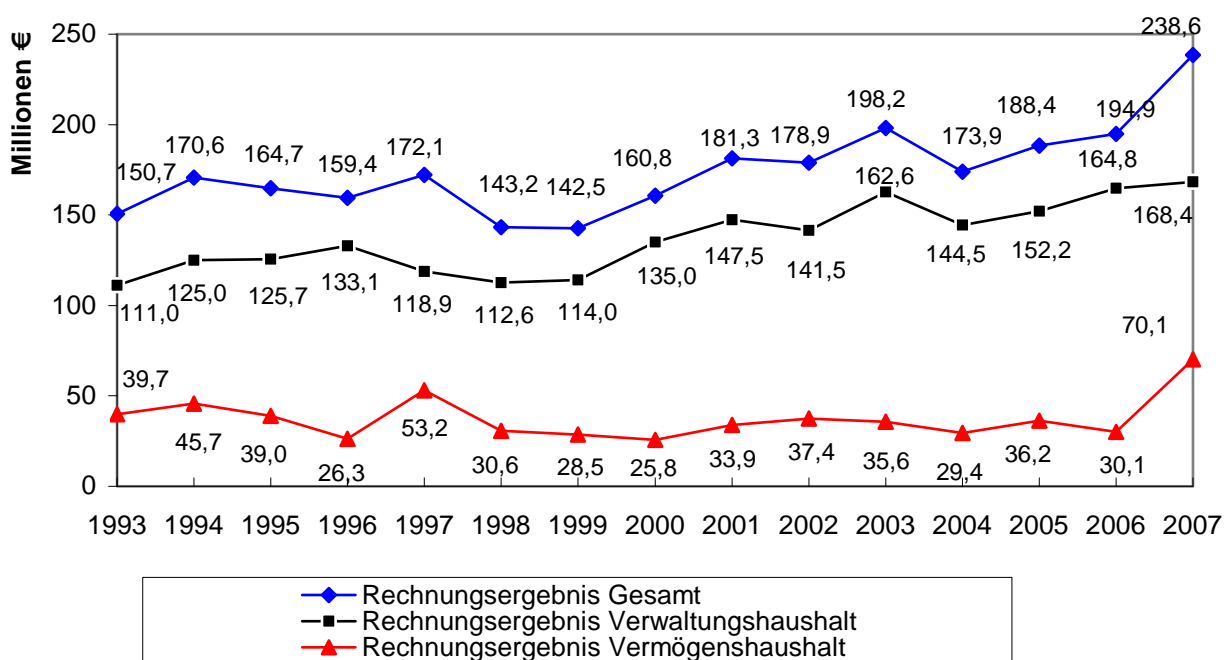
Auch dieser Vorbericht beginnt wie gewohnt damit, die beiden Vorjahre soweit möglich und nötig darzustellen.

I. Abwicklung des Haushaltsjahres 2007

Feststellung des Ergebnisses der Haushaltsrechnung 2007 gemäß Muster 17 (zu § 40 Abs. 3 GemHVO - 1974):

Soll-Einnahmen Verwaltungshaushalt		168.665.164,87 €
Soll-Einnahmen Vermögenshaushalt		<u>70.202.993,00 €</u>
Summe Soll-Einnahmen		238.868.157,87 €
+ Neue Haushaltseinnahmereste		0,00 €
./ Abgang alter Haushaltseinnahmereste		0,00 €
./ Abgang alter Kasseneinnahmereste		<u>311.988,88 €</u>
Summe bereinigte Soll-Einnahmen		238.556.168,99 €
Soll-Ausgaben Verwaltungshaushalt		168.048.760,01 €
Soll-Ausgaben Vermögenshaushalt (darin enthalten Überschuss nach § 40 Abs. 3 Satz 2 GemHVO - 1974: 480.570,93 €)		<u>69.564.267,26 €</u>
Summe Soll-Ausgaben		237.613.027,27 €
+ Neue Haushaltsausgabereste		
Verwaltungshaushalt	372.362,64 €	
Vermögenshaushalt	<u>645.534,51 €</u>	1.017.897,15 €
./ Abgang alter Haushaltsausgabereste		
Verwaltungshaushalt	2.305,52 €	
Vermögenshaushalt	<u>72.449,91 €</u>	74.755,43 €
./ Abgang alter Kassenausgabereste		<u>0,00 €</u>
Summe bereinigte Soll-Ausgaben		238.556.168,99 €
Summe bereinigte Soll-Einnahmen		<u>238.556.168,99 €</u>
mithin Ausgleich		<u>0,00 €</u>

Vergleich der Rechnungsergebnisse 1993 bis 2007



Zuführung vom Verwaltungshaushalt zum Vermögenshaushalt

Dem Vermögenshaushalt konnten neben der Pflichtzuführung nach § 22 Abs. 1 GemHVO - 1974 weitere Beträge zugeführt werden. Insgesamt teilt sich die Zuführung zum Vermögenshaushalt wie folgt auf:

Tilgung, Kreditbeschaffungskosten und Ansparraten (Pflichtzuführung gem. § 22 Abs. 1 Satz 2 GemHVO - 1974)	4.915.563,77 €
Fehlbelegungsabgabe für Wohnungsbauförderung (Ist)	197.515,36 €
Verlagerung Budgetmittel in den Vermögenshaushalt	901,03 €
Zuwendung Nahverkehr	664.700,00 €
Zuführung zu der Gebührenaussgleichsrücklage "Müll"	191.382,00 €
Rücklagenzuführung "Versorgungsrücklage"	<u>63.002,48 €</u>
Pflichtzuführung insgesamt	6.033.064,64 €
Soll-Zuführung (Abschreibungen)	986.720,00 €
Freie Spitze	17.636.990,25 €
Rücklagenzuführung	<u>480.570,93 €</u>
Zuführung insgesamt	25.137.345,82 € =====

Verwaltungs- und Vermögenshaushalt schließen im Gesamtergebnis der Jahresrechnung ausgeglichen ab.

Zum Ausgleich des Vermögenshaushaltes 2007 mussten keine Haushaltseinnahmereste gebildet werden.

Sonstige Veränderungen

Schulden

Der Schuldenzugang (Neuaufnahme) in Höhe von	1.109.000,00 €
unterschreitet die Tilgung incl. innerer Darlehen und sonstiger Abgänge in Höhe von	<u>42.840.313,18 €</u>
um den Betrag von	41.731.313,18 €

so dass eine negative Nettoneuverschuldung (d. h. eine Reduzierung des Schuldenstandes) eintritt.

Der Schuldenstand ohne innere Darlehen zum 31. Dezember 2007 beträgt 70.261 T€ (demgegenüber Schuldenstand zum 31. Dezember 2006 = 107.567 T€).

Bürgschaften

Im Haushaltsjahr 2007 gab es folgende Veränderungen:

- Der Bürgschaftsbestand konnte durch außerordentliche Tilgungen bei den Stadtwerken in Höhe von 1.165.739,83 € und Umschuldungsmaßnahmen der GeWoBau in Höhe von 187.246,00 € über die ordentlichen Tilgungsleistungen hinaus vermindert werden.
- Die im Dezember 2005 gewährte Bürgschaft zugunsten des VfB Marburg e. V. über 500.000 € wurde mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 01. Juni 2007 auf 350.000 € abgesenkt. Anlass dazu gab ein vom VfB Marburg vorgelegter Konsolidierungsvorschlag. Der tatsächliche Vollzug der beschlossenen Bürgschaftsminderung steht noch aus.
- Für die Fortführung des Bürgerbeteiligungsmodells der GeWoBau zur Finanzierung des Solarstromprojektes hat die Stadt Marburg zur Sicherung der geleisteten Einlagen eine weitere Bürgschaft in Höhe von 91.000 € übernommen.

Die verbürgten Beträge belaufen sich zum 31. Dezember 2007 auf insgesamt 42,4 Mio. €.

Rücklagen

Die Rücklagenbestände zum Ende des Haushaltsjahres 2007 teilen sich wie folgt auf:

Allgemeine Rücklage	11.869 T€
Sonderrücklagen	2.707 T€

II. Abwicklung des Haushaltsjahres 2008

1. Haushaltssatzung

Am 14. Dezember 2007 hatte die Stadtverordnetenversammlung die Haushaltssatzung 2008 beschlossen. Im Einzelnen waren festgesetzt worden

das Volumen des Verwaltungshaushaltes auf	165.443 T€
das Volumen des Vermögenshaushaltes auf	35.974 T€
der Gesamtbetrag der Investitionskredite auf	825 T€
der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	17.912 T€

Wie bereits seit 1986 betragen die Hebesätze in unveränderter Höhe für die

Grundsteuer A	280 v. H.
Gewerbsteuer	400 v. H.

Der Hebesatz für die Grundsteuer B war im Haushaltsjahr 2006 von 300 v. H. auf 330 v. H. erhöht worden und blieb auch für 2008 unverändert.

Es wurden Haushaltssperren im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt sowie im Stellenplan verfügt.

Das Regierungspräsidium in Gießen hat die aufsichtsbehördliche Genehmigung für die Haushaltssatzung 2008 unter dem 14. April 2008 ohne Auflagen erteilt.

2. I. Nachtragshaushaltssatzung

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 29. August 2008 die I. Nachtragshaushaltssatzung 2008 beschlossen und damit im Wesentlichen folgende Veränderungen vorgenommen:

a) Verwaltungshaushalt

Erhöhung des Volumens um 49.738 T€ auf	215.181 T€
--	------------

b) Vermögenshaushalt

Erhöhung des Volumens um 36.151 T€ auf	72.125 T€
--	-----------

Erhöhung des Gesamtbetrages der Investitionskredite
um 2.720 T€ auf 3.545 T€

Erhöhung des Gesamtbetrages der
Verpflichtungsermächtigungen um 1.790 T€ auf 19.702 T€

- c) Der Hebesatz der Gewerbesteuer ist von 400 v. H. um 30 Prozentpunkte auf nunmehr 370 v. H. gesenkt worden.

Das Regierungspräsidium in Gießen hat die aufsichtsbehördliche Genehmigung für die I. Nachtragshaushaltssatzung 2008 unter dem 30. September 2008 ohne Auflagen erteilt.

3. Verwaltungshaushalt

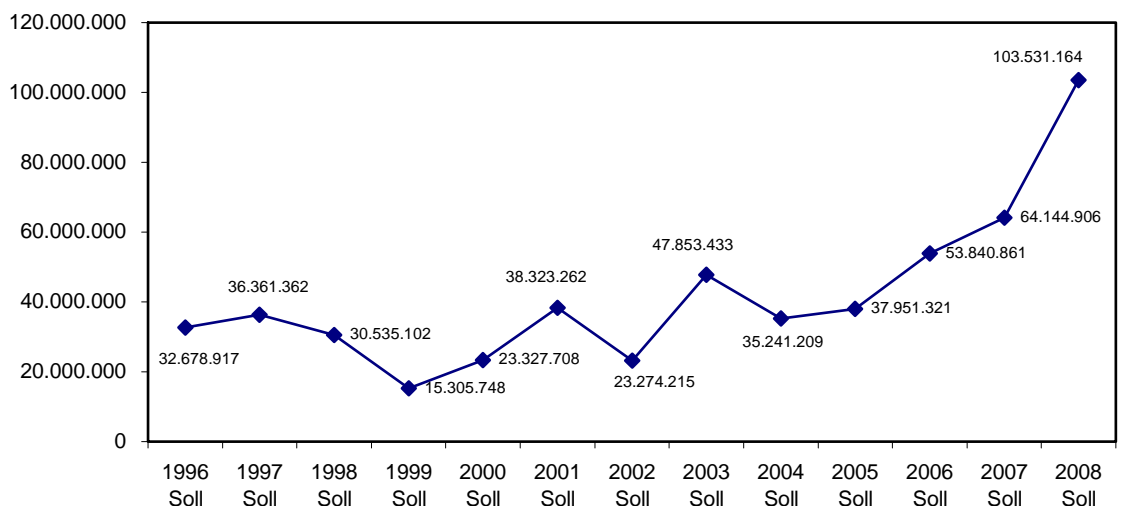
Die positive wirtschaftliche Entwicklung in Marburg war 2008 weiterhin deutlich spürbar. Bereits in den Haushaltsjahren 2006 und 2007 konnten Mehreinnahmen im Bereich der Gewerbesteuer und des Einkommensteueranteils verzeichnet werden. Dies setzte sich auch für das Jahr 2008 fort.

Der im Dezember 2007 beschlossene Verwaltungshaushalt 2008 konnte ausgeglichen gestaltet werden. Neben der Pflichtzuführung war eine freie Spitze von 9,6 Mio. € sowie eine Rücklagenzuführung von 4,1 Mio. € veranschlagt.

Im Verlauf des Haushaltsjahres 2008 zeichneten sich Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer und beim Einkommensteueranteil ab. Diese sind im Nachtragshaushaltsplan berücksichtigt.

Herausragende Einzelposition ist hier die Gewerbesteuer. Trotz der Absenkung des Hebesatzes auf 370 % konnten Einnahmen von 100.500 T€ eingeplant werden. Zu berücksichtigen ist aber, dass einmalige(!) Nachzahlungen für Vorjahre im Umfang von ca. 30 % im Haushaltsansatz enthalten sind.

Entwicklung der Gewerbesteuer



Die prognostizierten Mehreinnahmen ermöglichten es auch, sich abzeichnende Mehrausgaben in einzelnen Budgets abzudecken.

Bedingt durch die hohen Gewerbesteuereinnahmen muss in den Folgejahren mit Ausfällen im Finanzausgleich gerechnet werden. Prognosen über deren Höhe sind sehr schwierig; viele wesentliche Informationen zum kommunalen Finanzausgleich 2009 lagen zur Verabschiedung einfach noch nicht vor. Überschlägige Ermittlungen deuteten aber darauf hin, dass wir 2009 unter Umständen mit Ausfällen von rd. 9,8 Mio. € rechnen müssen. Hierfür wurden auch entsprechende Rücklagenzuführungen eingeplant.

Für künftige Pensionslasten ist in der Eröffnungsbilanz 2009 eine Rückstellung in Höhe von rd. 38,2 Mio. € zu bilden. Auch dafür wird mit der allgemeinen Rücklage vorgesorgt (liquide Mittel werden hinterlegt).

Durch eine erhöhte Schlüsselmasse und eine insgesamt verbesserte Einnahmesituation der meisten hessischen Kommunen konnten bei den Schlüsselzuweisungen im Jahr 2008 Mehreinnahmen von 3.041 T€ gegenüber dem Rechnungsergebnis 2007 verbucht werden.

Weitere positive Einnahmenaspekte waren beim Einkommensteueranteil eingetreten, der mit einer Mehreinnahme von 2.884 T€ zu Buche schlägt.

Bei den Zinsausgaben wirkten die in den vergangenen Jahren stark eingeschränkte Aufnahme von Krediten, die Rückzahlung von Krediten und die Schuldenübertragung im Zusammenhang mit der Aufgabenverlagerung des Gebührenhaushaltes "Stadt-entwässerung" an den Dienstleistungsbetrieb der Stadt Marburg, so dass auch hier insgesamt rd. 281 T€ weniger als im Vorjahr gebucht wurden.

Bedingt durch die Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (Festbetragsregelung für 2008) und durch die Erhöhung der Umlagegrundlage (Finanzkraft) ist bei der Kreisumlage eine Mehrbelastung gegenüber dem Vorjahr von 1.158 T€ eingetreten.

Bei den Zuweisungen des Landes sind Mehreinnahmen in Höhe von 1.303 T€ zu verzeichnen, die hauptsächlich auf die Förderung der Kinderbetreuung (Bambini - Programm und Plätze für Kinder unter 3 Jahren) und des Projektes "Soziale Stadt" zurückzuführen sind. Auf der Ausgabenseite sind für die gleichen Bereiche Mehrausgaben z. B. bei der Hauptgruppe 7 "Zuweisungen und Zuschüsse" berücksichtigt.

Entlastend kam zum Tragen, dass durch die Unternehmenssteuerreform der Vervielfältiger für die Gewerbesteuerumlage von 73 Prozentpunkten auf 65 Prozentpunkte gesenkt wurde.

Bei der Bauunterhaltung ist eine Reduzierung der Ausgaben um rd. 500 T€ zu verzeichnen, da das Sonderprojekt "Bauunterhaltung" auf das Haushaltsjahr 2007 beschränkt war.

Der Verwaltungshaushalt schloss nach den Planzahlen mit einem Volumen in Höhe von 215.181 T€ in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen ab. Das Volumen hatte sich gegenüber den Rechnungsergebnissen des Vorjahres um 46.762 T€ bzw. 27,8 % erhöht.

Dabei kann der Verwaltungshaushalt nach den Planzahlen eine freie Spitze von 47,7 Mio. € (incl. Rücklagenzuführung) an den Vermögenshaushalt leisten.

Dieses Ergebnis wird durch den Jahresabschluss, der Anfang 2009 erarbeitet wird, verändert werden.

4. Vermögenshaushalt

Der im Dezember 2007 beschlossene Vermögenshaushalt hatte ein Volumen von 36 Mio. €. Er war dadurch gekennzeichnet, dass keine Kreditaufnahme vom Kapitalmarkt eingeplant war und der allgemeinen Rücklage 4,1 Mio. € zugeführt werden konnten.

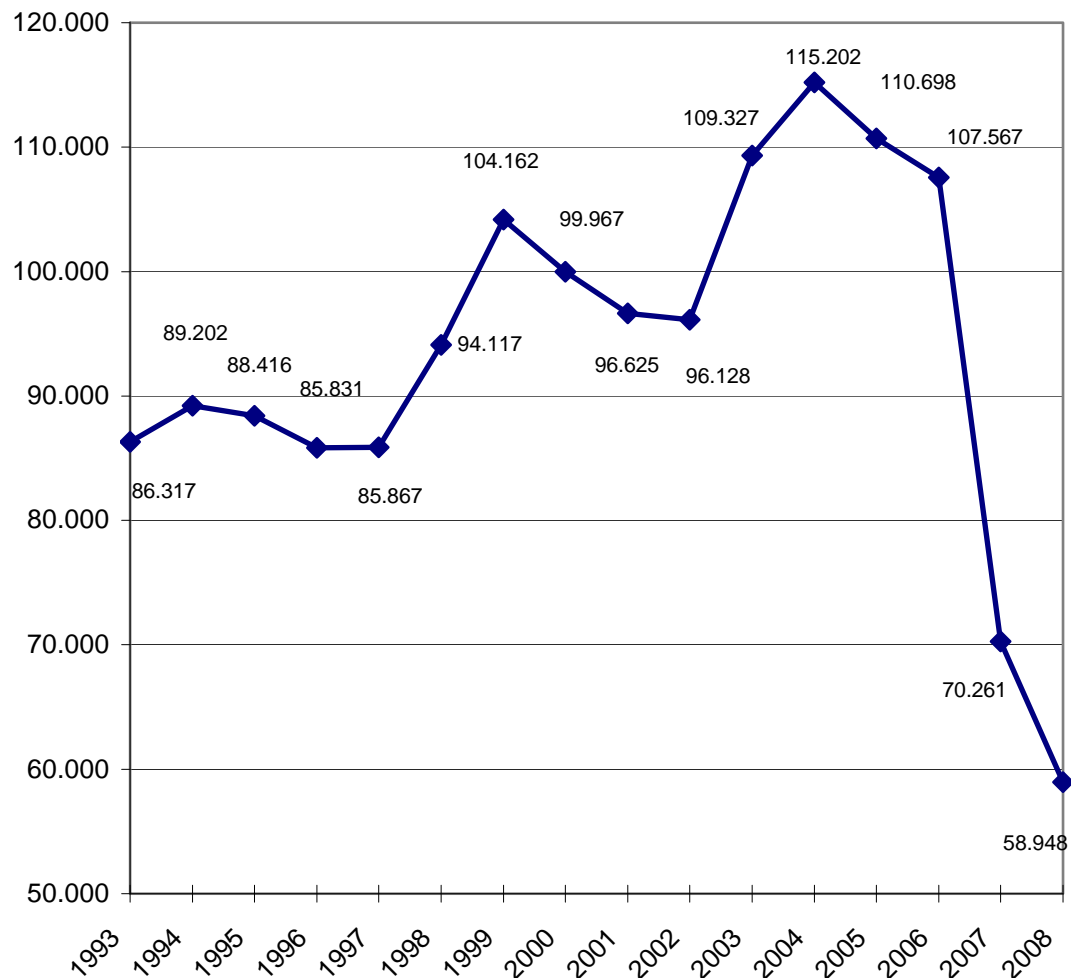
Der Nachtrag des Vermögenshaushaltes 2008 war u. a. durch die Veränderungen im Verwaltungshaushalt mit seinem hohen Überschuss geprägt, der dem Vermögenshaushalt als Zuführung zugute kam.

Der positive Finanzierungsbeitrag des Verwaltungshaushalts ermöglichte es, weiterhin auf eine Kreditaufnahme vom Kapitalmarkt gänzlich zu verzichten. Als herausragende Einzelpositionen ist in diesem Zusammenhang die Reduzierung der Verschuldung durch eine außerordentliche Tilgung in Höhe von 8,9 Mio. € zu nennen. Hierdurch wird eine weitere Verbesserung der Verschuldungslage der Stadt Marburg erreicht.

Das Ausgabevolumen in den Einzelplänen 0 bis 8 stieg nach den Planzahlen von 25,4 Mio. € im ursprünglichen Haushalt 2008 auf 33,9 Mio. € im I. Nachtragshaushaltsplan 2008. Trotzdem ist wieder eine negative Nettoneuverschuldung zu verzeichnen, die sich nunmehr wie folgt errechnet:

Buchungsstelle	Bezeichnung	Ist 2008/€
9110001.371000	Kredite vom Land Hessen	1.825.000,00
	Summe	1.825.000,00
9110001.971000	Tilgung an Land Hessen	1.424.154,96
9110001.971100	Tilgung SEG-Kredite	100.088,38
9110001.971200	Tilgung Stadtwerke-Kredite	73.886,34
9110001.971300	Tilgung Kredit (AurA e. V.)	25.400,00
9110001.977000	Tilgung an Kreditmarkt	2.662.069,47
9110001.977100	Außerordentliche Tilgung	<u>8.852.585,82</u>
	Summe	13.138.184,97
	Schuldenabbau	11.313.184,97

Entwicklung der Gesamtschulden von 1993 bis 2008 in T€



Für den Vermögenshaushalt ergab sich im Nachtragshaushaltsplan nach Planzahlen ein Gesamtvolumen von 72.125 T€, was eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 1.988 T€ bzw. 2,8 % bedeutet.

Das für die Stadt Marburg enorme Haushaltsvolumen von über 72 Mio. € ist neben den oben beschriebenen Faktoren größtenteils auf eine Rücklagenzuführung in Höhe von 23,6 Mio. € (lt. Plan) zurückzuführen.

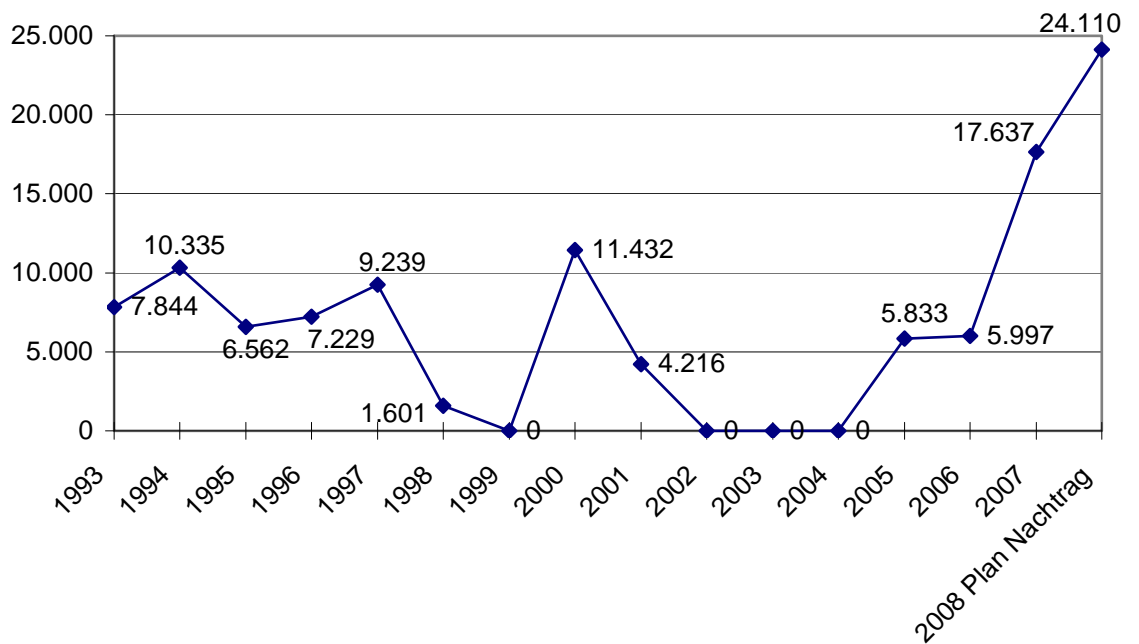
Das Ausgabevolumen in den Einzelplänen 0 bis 8 von 20,9 Mio. € im Haushalt 2007 stieg nach den Planzahlen auf 33,9 Mio. € im Haushaltsplan 2008. Zu dem in den Einzelplänen 0 - 8 enthaltenen Investitionsvolumen traten Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 19,7 Mio. € hinzu, so dass ein Auftragspotential von 53,6 Mio. € entstand. Hinzu traten Haushaltsausgabereste aus dem Haushaltsjahr 2007 in Höhe von 0,7 Mio. €, so dass ein beachtliches Gesamtauftragspotential des Vermögenshaushaltes im Haushaltsjahr 2008 erreicht wurde.

5. Entwicklung des Zuführungsbetrages (3-Jahres-Vergleich)

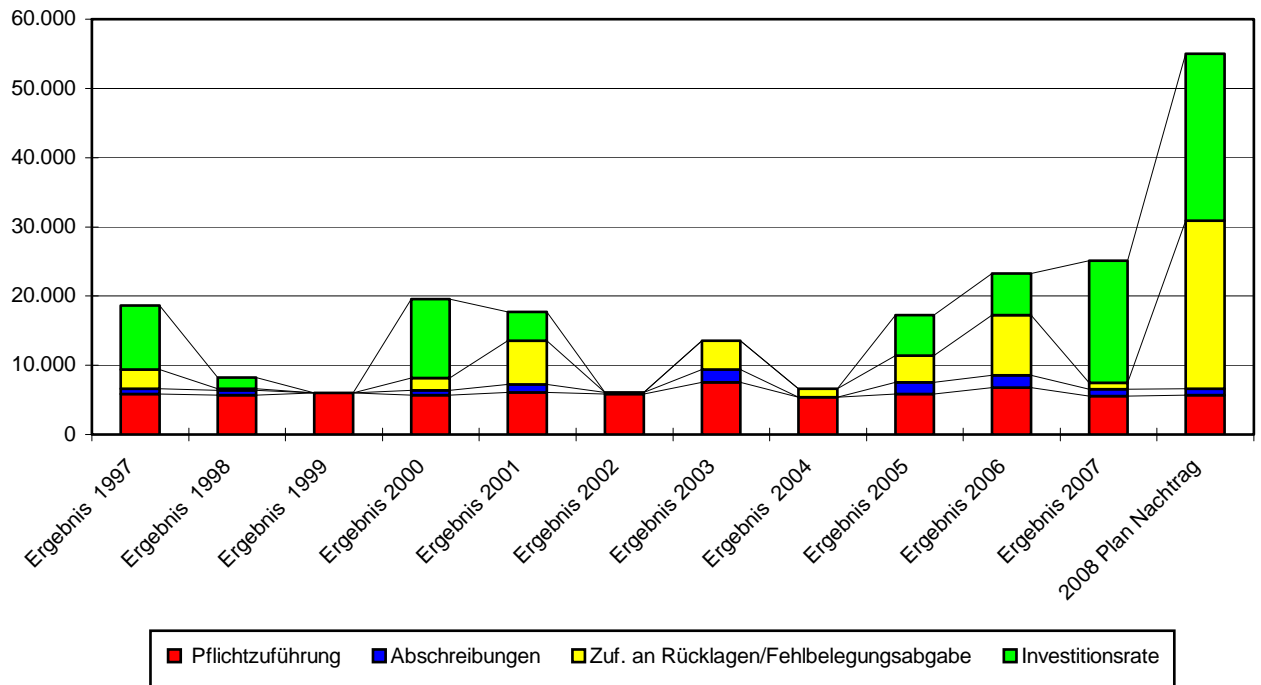
Die Zuführung an den Vermögenshaushalt zeigt folgende Entwicklung:

Zuführungsteil	Ergebnis 2006 T€	Ergebnis 2007 T€	Ansatz NT 2008 T€
a) Pflichtbetrag	9.901	6.034	6.464
<u>Davon</u>			
Tilgung u. Kreditbeschaffungskosten	6.139	4.916	5.054
Fehlbelegungsabgabe	269	198	125
Zuführung an Sonderrücklagen	757	191	446
Zuführung z. Versorgungsrücklage	2.067	63	174
Zuwendung Nahverkehr	665	665	665
Verlagerung Budgetmittel	4	1	-
b) Abschreibungen	1.728	986	880
c) freie Spitze (echter Invest.-Beitrag)	5.997	17.637	24.110
d) Rücklagenzuführung (Allgemein)	5.661	480	23.556
insgesamt	23.287	25.137	55.010

Vergleich der Investitionsraten (freie Spitzen) 1993 bis 2008 in T€



Zuführung zum Vermögenshaushalt in T€



6. Kassenlage

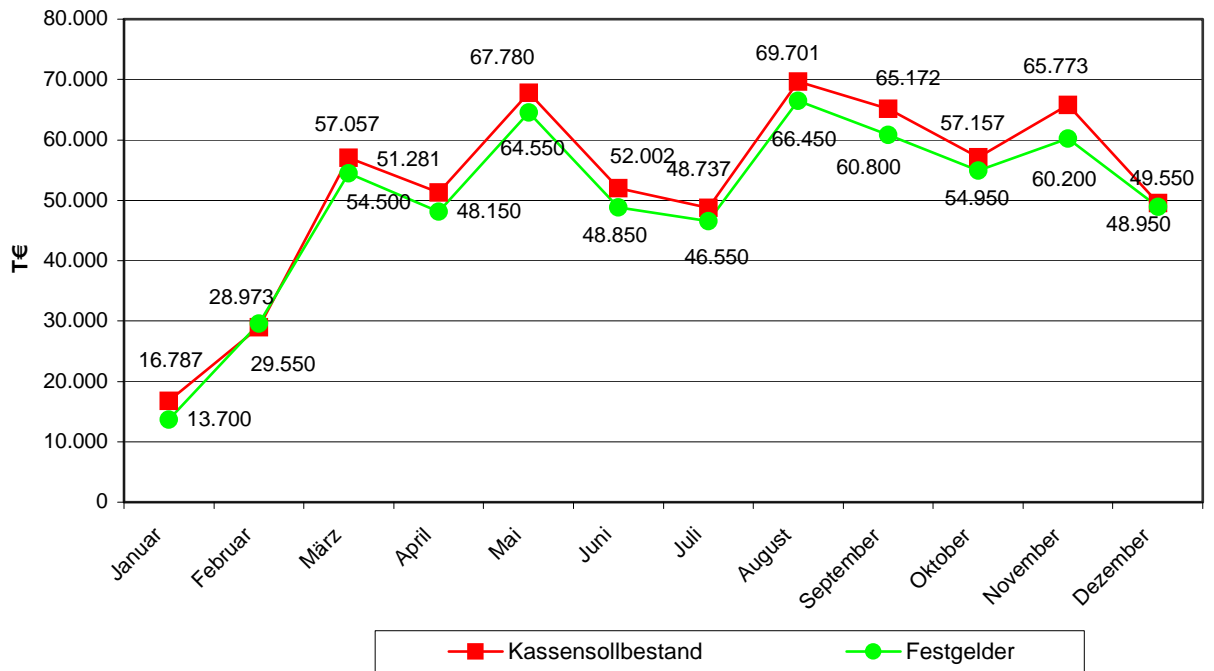
Aufgrund der hohen Gewerbesteuererinnahmen gestaltet sich die Liquiditätssituation so, dass wir größere Beträge als Festgeld anlegen und damit Zinseinnahmen erzielen können.

Der Kassenbestand hat sich wie folgt entwickelt:

Monat des Jahres 2008	Kassen-sollbe-stand zum Monats-ende T€	Festgelder und Tages-gelder zum Monats-ende T€	Festgeld-zinsen und Tagesgeld-zinsen im Monat T€	Kassen-kredite zum Monats-ende T€	Zinsen für Kassen-kredite im Monat T€
Januar	16.787	13.700	127	-	-
Februar	28.973	29.550	147	-	-
März	57.057	54.500	112	-	-

Monat des Jahres 2008	Kassen-sollbe-stand zum Monats-ende T€	Festgelder und Tages-gelder zum Monats-ende T€	Festgeld-zinsen und Tagesgeld-zinsen im Monat T€	Kassen-kredite zum Monats-ende T€	Zinsen für Kassen-kredite im Monat T€
April	51.281	48.150	77	-	-
Mai	67.780	64.550	12	-	-
Juni	52.002	48.850	155	-	-
Juli	48.737	46.550	153	-	-
August	69.701	66.450	42	-	-
September	65.172	60.800	142	-	-
Oktober	57.157	54.950	147	-	-
November	65.773	60.200	107	-	-
Dezember	49.550	48.950	263	-	-

Kassenlage 2008



7. Prognose für den Abschluss des Haushaltsjahres 2008

Der im August 2008 beschlossene I. Nachtragshaushaltsplan 2008 griff die bis dahin bekannten aktuellen Entwicklungen auf. Weitere Erkenntnisse, die diese Annahmen verändern würden, liegen nicht vor.

Es ist daher davon auszugehen, dass auch ein Jahresabschluss auf diesem Niveau erreicht werden kann.

III. Ausblick auf das Haushaltsjahr 2009

1. Haushaltssituation

Ergebnishaushalt

Der Ergebnishaushalt gilt gem. § 114 b Abs. 4 HGO als ausgeglichen, wenn der Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge mindestens so hoch ist wie der Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen.

Die Stadt Marburg kann ihren ersten doppischen Produkthaushalt unter dieser gesetzlichen Vorgabe nicht nur ausgleichen, sondern sogar einen Überschuss von rd. 2,1 Mio. € ausweisen.

Gegenüber den bisherigen kameraleen Haushalten, die eine Zuführung zum Vermögenshaushalt erwirtschaften mussten, erwirtschaftet der Produkthaushalt 2009 die Abschreibungen des Anlagevermögens abzüglich der dazugehörigen Sonderposten in Höhe von 6,7 Mio. €.

Auch sind im Produkthaushalt 2009 Rückstellungen zu erwirtschaften. Diese sind in Höhe von 0,5 Mio. € für die Beamtenversorgung berücksichtigt.

Bedingt durch die im 2. Halbjahr 2007 und 1. Halbjahr 2008 vereinnahmte Gewerbesteuer ist im Haushaltsjahr 2009 mit einem reduzierten Aufkommen an Schlüsselzuweisungen in Höhe von rd. 9,8 Mio. € zu rechnen. Der Rückgang fiel nicht ganz so hoch aus wie ursprünglich einmal befürchtet worden war, da bei Verteilung der Schlüsselmasse insgesamt auch die verbesserte Einnahmesituation der meisten hessischen Kommunen Berücksichtigung findet.

Da auch bei Berechnung der Kreisumlage unsere erhöhte Finanzkraft aus dem Gewerbesteuerertrag Berücksichtigung findet, wird in der Eröffnungsbilanz in der Weise Vorsorge getroffen, dass hierfür eine entsprechende Rückstellung in Höhe von 4,3 Mio. € ausgewiesen wird. Diese wird im Haushaltsjahr 2009 aufgelöst (als Ertrag berücksichtigt) und an den Kreis überwiesen. Insgesamt ergibt sich hier eine Mehrbelastung gegenüber dem Vorjahr von 4,3 Mio. €.

Die Gewerbesteuererträge sind aufgrund der Aufkommen der letzten Jahre geschätzt und auf den veränderten Hebesatz von 370 % heruntergerechnet worden, so dass hier mit einem Ansatz von 62,5 Mio. € gerechnet wird. Es ergibt sich gegenüber dem Haushaltsjahr 2008 eine Verringerung des Ansatzes um 38 Mio. €. Dies ist auf die Sondersituation 2008 zurückzuführen.

Die einkalkulierten Gewerbesteuererträge führen im Vergleich zum Vorjahr zu einer Reduzierung der Belastung bei der Gewerbesteuerumlage in Höhe von 6,5 Mio. €, obwohl der Vervielfältiger von 65 Prozentpunkten auf 67 Prozentpunkte angehoben wird.

Die positive Entwicklung des Vorjahres setzt sich beim Einkommensteueranteil nach den Planzahlen leider nicht fort, so dass hier gegenüber dem Jahr 2008 eine Mindereinnahme von 750 T€ einkalkuliert ist.

Bei den Zinserträgen und Zinsaufwendungen wirken sich die in den vergangenen Jahren stark eingeschränkte Aufnahme von Krediten, die Rückzahlung von Krediten sowie der erhöhte Kassenbestand positiv aus.

Insgesamt ergeben sich durch die Veränderung des Haushaltsrechtes Verschiebungen aus dem ehemaligen Vermögenshaushalt in den Ergebnishaushalt von rd. 8 Mio. €. Dies spiegelt sich z.B. in den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (u. a. Bauunterhaltung) sowie in den Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse wider.

Nach alledem kann der Ergebnishaushalt einen Zahlungsmittelüberschuss von 5,2 Mio. € erwirtschaften, der für die Finanzierung der Investitionen eingesetzt werden kann.

Finanzhaushalt

Der Gesamtfinanzhaushalt beinhaltet die Ein- und Auszahlungen, d.h. den Finanzmittelfluss

aus laufender Verwaltungstätigkeit (größtenteils Ergebnishaushalt),

aus Investitionstätigkeit sowie

aus Finanzierungstätigkeit.

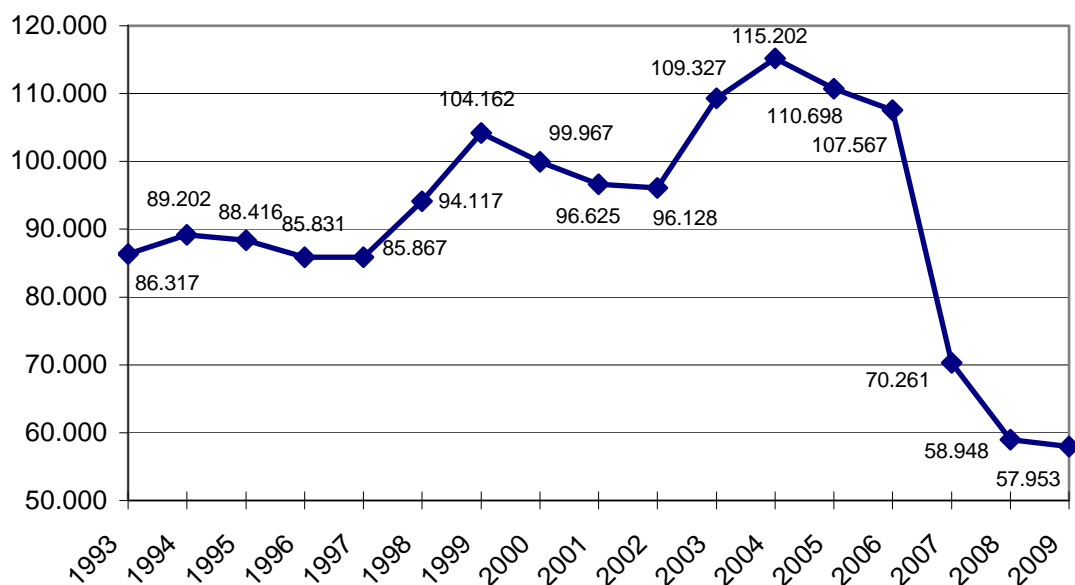
In dem Finanzmittelfluss aus lfd. Verwaltungstätigkeit sind alle Zahlungsströme des Ergebnishaushaltes enthalten. Zusätzlich sind hier die Ansparraten für die Kredite aus dem Hessischen Investitionsfonds in Höhe von 276 T€ sowie die Zuführung zur Beamtenversorgungsrücklage in Höhe von 60 T€ veranschlagt.

Der Finanzmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit beinhaltet die Kreditaufnahme beim Land Hessen in Höhe von 2.934 T€ sowie die ordentliche Tilgung der Kredite in Höhe von 3.929 T€. Insgesamt ergibt sich hieraus eine negative Nettoneuverschuldung, die sich nunmehr wie folgt errechnet:

Bezeichnung	Haushaltsansatz 2009 / €
Kredite vom Land Hessen	1.214.000
Kredite vom Land Hessen für Barmherzige Schwestern	1.720.000
Summe	2.934.000
Tilgung an Land Hessen	1.439.600
Tilgung SEG-Kredite	100.100

Bezeichnung	Haushalts- ansatz 2009 / €
Tilgung Stadtwerke-Kredite	73.900
Tilgung Kredit (AurA e. V.)	25.400
Tilgung an Kreditmarkt	<u>2.290.000</u>
Summe	3.929.000
Schuldenabbau	995.000

Entwicklung der Gesamtschulden von 1993 bis 2009 in T€



Die Investitionstätigkeit spiegelt sich im Finanzmittelfluss aus Investitionstätigkeit wider. Die Investitionen sind dann in den Teilfinanzhaushalten im Einzelnen nach Produkten gegliedert dargestellt.

Der Finanzhaushalt – Investitionen – wurde wiederum mit dem Ziel aufgestellt, eine Kreditaufnahme vom Kapitalmarkt zu vermeiden. Dies ist bedingt durch die zum Jahresanfang 2009 zur Verfügung stehenden Mittel des Kassenbestandes in Höhe von rd. 50 Mio. € auch gelungen.

Insgesamt ergibt sich ein Investitionsvolumen von 31,0 Mio. €, das durch Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 19,1 Mio. € ergänzt wird. Da grundsätzlich keine Haushaltsausgabereste zum Jahresabschluss 2008 gebildet werden sollen, bildet diese Summe auch das Gesamtauftragspotential des Finanzhaushaltes im Haushaltsjahr 2009.

In den Vorjahren ergaben sich folgende Investitionsvolumina (Einzelpläne 0 – 8) in den Vermögenshaushalten:

2008	33,9 Mio. € (Haushaltsansatz)
2007	20,9 Mio. € (Ergebnis)
2006	14,7 Mio. € (Ergebnis)
2005	16,6 Mio. € (Ergebnis)

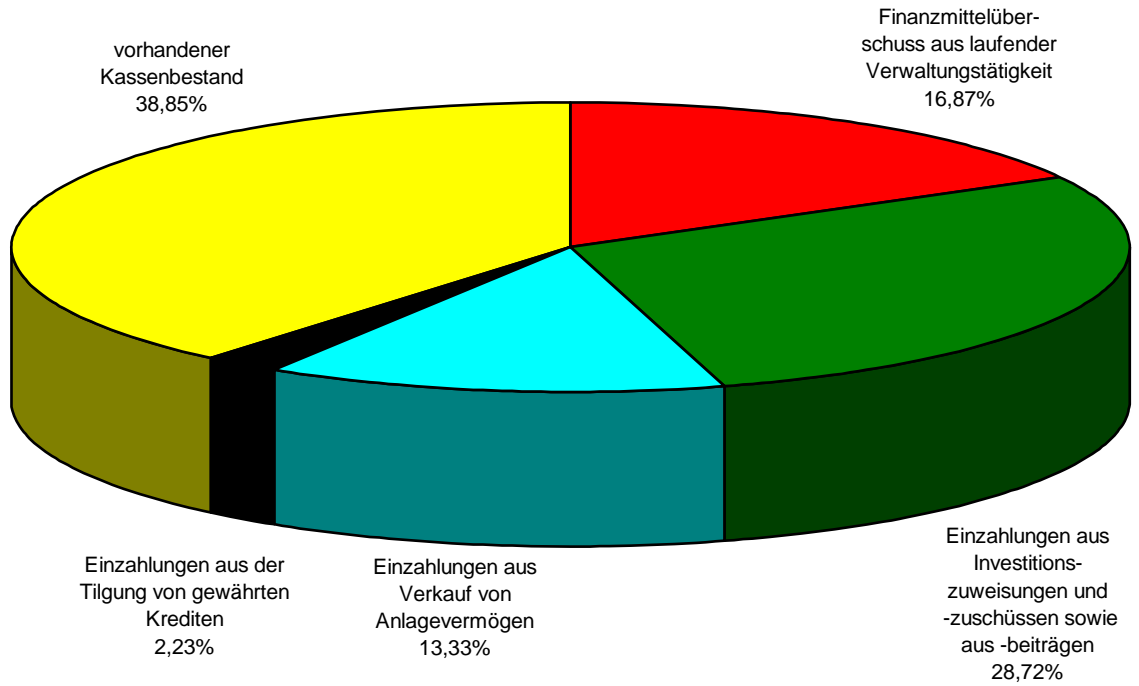
Ein Vergleich mit den Vorjahren gestaltet sich hier sehr schwierig, da sich die Zuordnung zu den einzelnen Haushaltsteilen verändert hat. Auf die o. g. Verschiebung der Haushaltsmittel vom ehemaligen Vermögenshaushalt in den Ergebnishaushalt wurde bereits hingewiesen.

Zur Finanzierung der Investitionen ist keine Kreditaufnahme auf dem Kapitalmarkt eingeplant. Vielmehr wird die Deckungslücke im investiven Bereich in Höhe von 17,3 Mio. € durch den Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushaltes in Höhe von 5,2 Mio. € sowie durch die erwirtschafteten liquiden Mittel (Kassenbestand) in Höhe von 12,1 Mio. € finanziert.

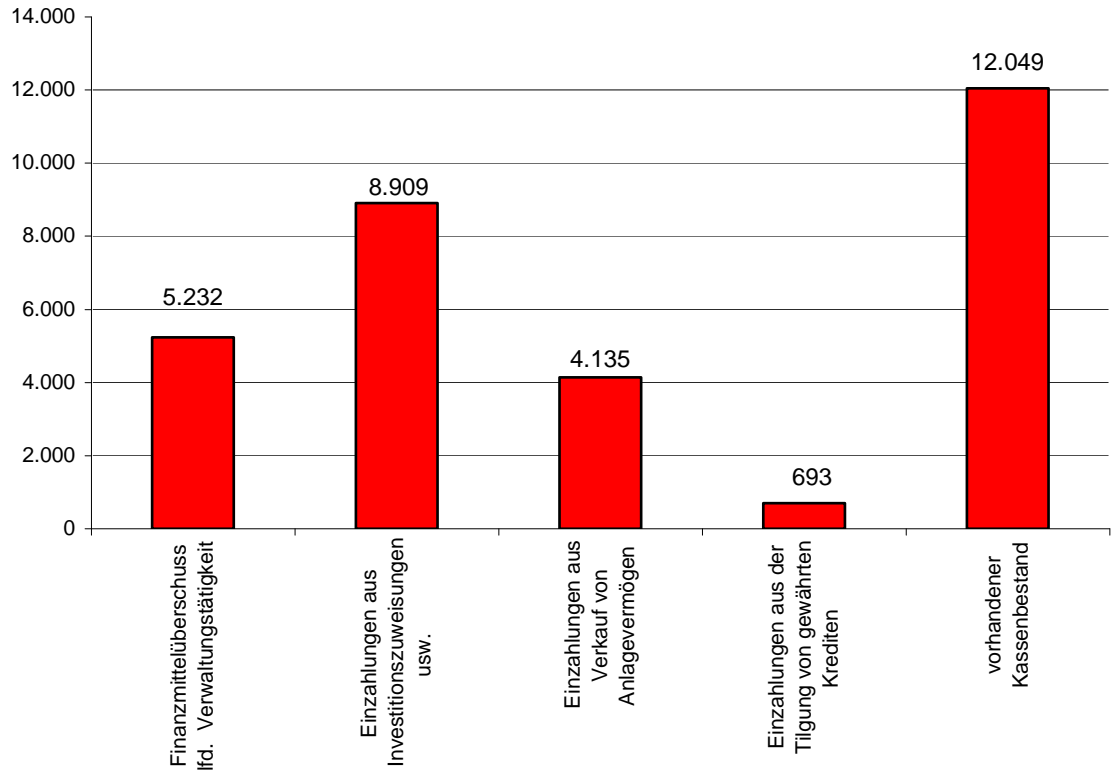
Finanzierungsqualität des Finanzhaushaltes

Bezeichnung	2009 T€
Finanzmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit	5.232
Einzahlungen aus Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie aus -beiträgen	8.909
Einzahlungen aus Verkauf von Anlagevermögen	4.135
Einzahlungen aus der Tilgung von gewährten Krediten	693
vorhandener Kassenbestand	<u>12.049</u>
Finanzierungsvolumen der Investitionstätigkeit	31.018

Finanzierungsqualität des Finanzhaushalts - Investitionen - 2009



Finanzierungsqualität des Finanzhaushalts - Investitionen - 2009 (in T€)



Budgetierung

Im Haushaltsjahr 2009 wird die Budgetierung aufgrund des vorliegenden Produkthaushaltes und der damit veränderten Steuerungsmechanismen mit geänderten Regeln fortgeführt.

Die Regeln für die Budgetierung im Haushaltsjahr 2009 sind separat abgedruckt.

2. Entwicklung der wichtigsten Haushaltspositionen

a) Erträge des Ergebnishaushaltes

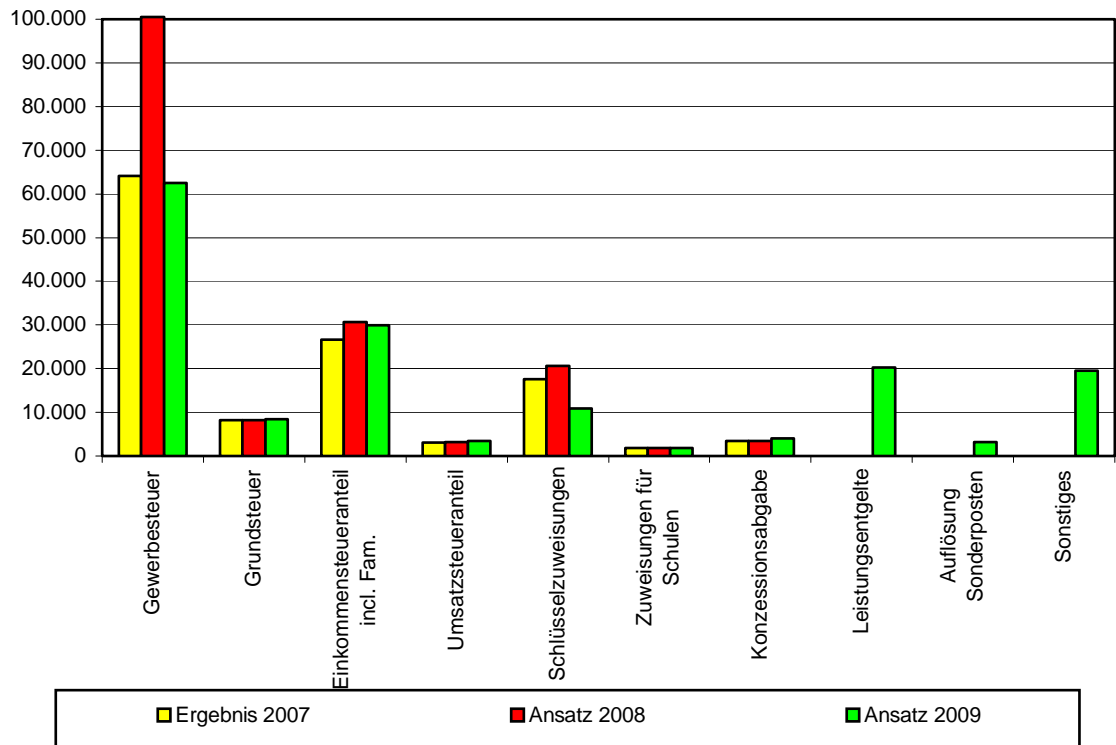
Der 3-Jahres-Vergleich zeigt folgende Entwicklung:

Ertragsart	Ergebnis 2007 T€	Ansatz 2008 T€	Ansatz 2009 T€	in % vom Volumen
Gewerbesteuer	64.080	100.500	62.500	38,1
Grundsteuer	8.208	8.144	8.435	5,2
Einkommensteuer- anteil*)	26.673	30.700	29.975	18,3
Umsatzsteueranteil	3.050	3.130	3.460	2,1
Schlüsselzuweisungen	17.549	20.590	10.844	6,6
Zuweisungen für Schulen	1.779	1.773	1.779	1,1
Konzessionsabgabe	3.428	3.476	3.996	2,4
Leistungsentgelte			20.315	12,4
Auflösung Sonderpos- ten			3.126	1,9
Sonstiges			19.523	11,9
insgesamt			163.953	100,0

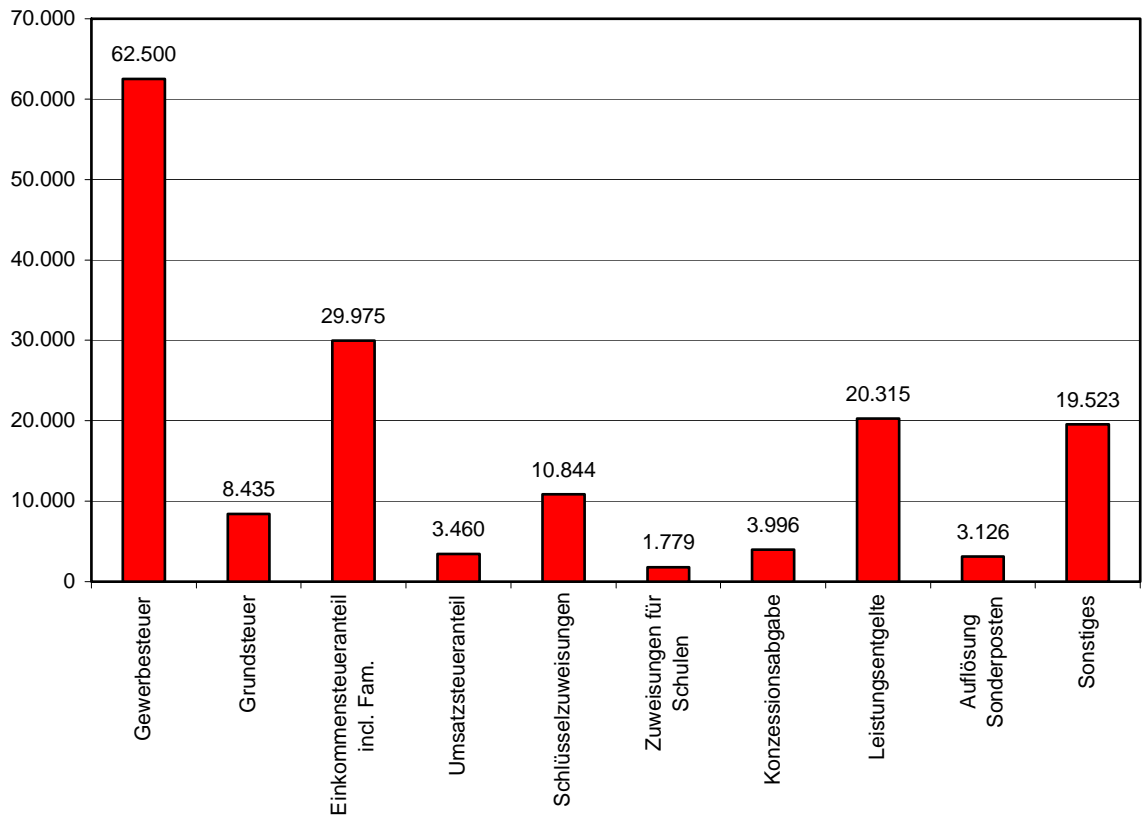
*) einschließlich Familienleistungsausgleich

Da die Ansätze nur bedingt vergleichbar sind, enthält die Tabelle nur Vorjahreswerte, wenn eine direkte Vergleichbarkeit gegeben ist.

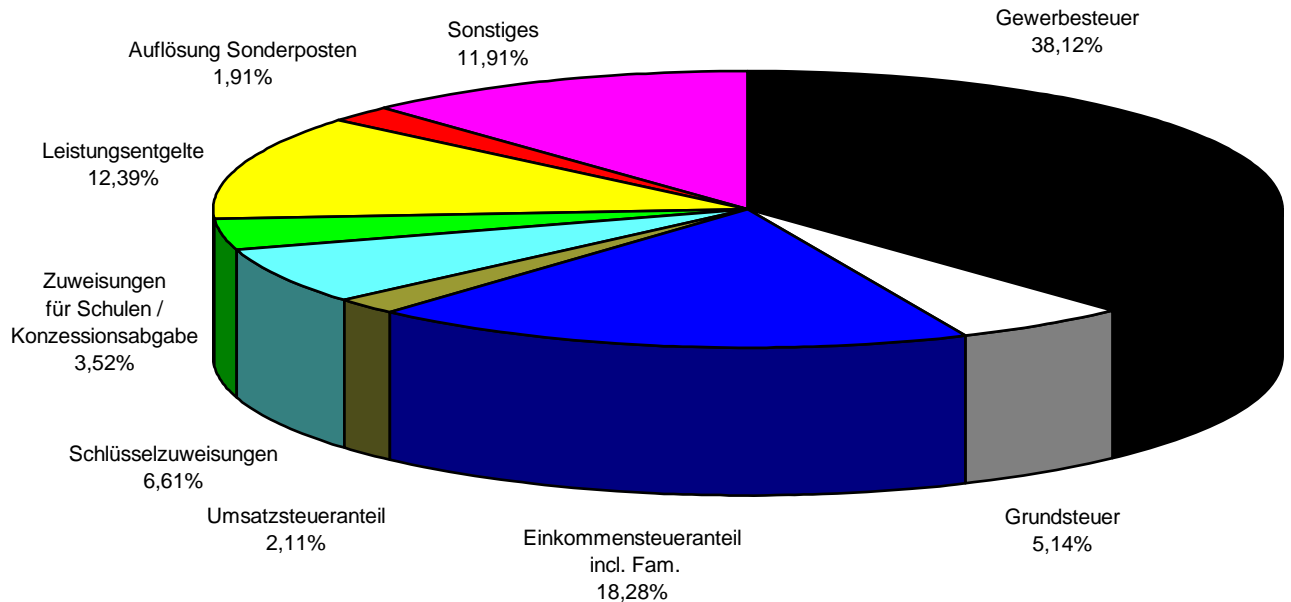
Erträge Haushalte 2007 bis 2009 (in T€)



Ertragsquellen des Ergebnishaushalts 2009 (in T€)



Erträge Ergebnishaushalt 2009



Ergänzend wird auf die Ausführungen zu Punkt III. "Ausblick auf das Haushaltsjahr 2009, 1. Haushaltssituation, Ergebnishaushalt", verwiesen.

Der Ansatz der Schlüsselzuweisungen basiert auf vorläufigen Berechnungen des Hessischen Finanzministeriums.

Da die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise und die Reformbemühungen der Bundesregierung bezüglich der Gemeindefinanzen, der Steuerreform usw. noch nicht vollends abzusehen sind, lassen sich die Entwicklungen der Ansätze für die Gewerbesteuer, für den Einkommensteueranteil, für den Familienleistungsausgleich sowie für den Umsatzsteueranteil nicht endgültig vorhersagen.

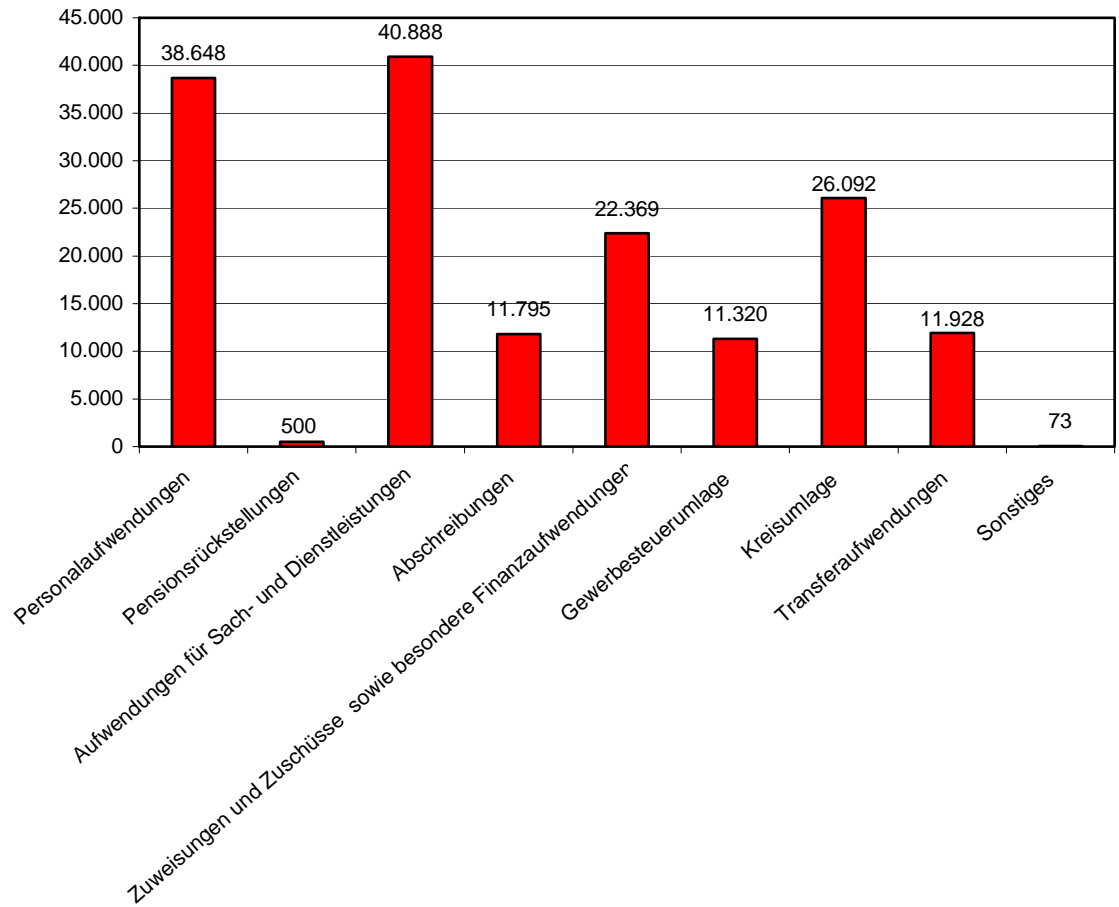
Aufgrund der hohen Gewerbesteuereinnahmen in den Haushaltsjahren 2007 und 2008 wird im Jahr 2009 auch eine erhöhte Kreisumlage fällig. Hierfür wird in der Eröffnungsbilanz eine Rückstellung in Höhe von 4,3 Mio. € eingestellt, die im Ergebnishaushalt 2009 erfolgswirksam aufgelöst wird.

b) **Aufwendungen des Ergebnishaushaltes**

Aufwendungsart	Ergebnis 2007 T€	Ansatz 2008 T€	Ansatz 2009 T€	in % vom Volumen
Personalaufwendungen (eigene Kräfte)	35.552	38.107	38.648	23,6
Pensionsrückstellungen			500	0,3
Aufwendungen für Sach- und Dienstleis- tungen			40.888	25,0
Abschreibungen			11.795	7,2
Zuweisungen und Zu- schüsse sowie beson- dere Finanzaufwendun- gen			22.369	13,7
Gewerbesteuer- umlage	12.647	17.850	11.320	6,9
Kreisumlage	20.259	21.820	26.092	16,0
Transferaufwendungen			11.928	7,3
Sonstiges			73	0,0
insgesamt			163.613	100,0

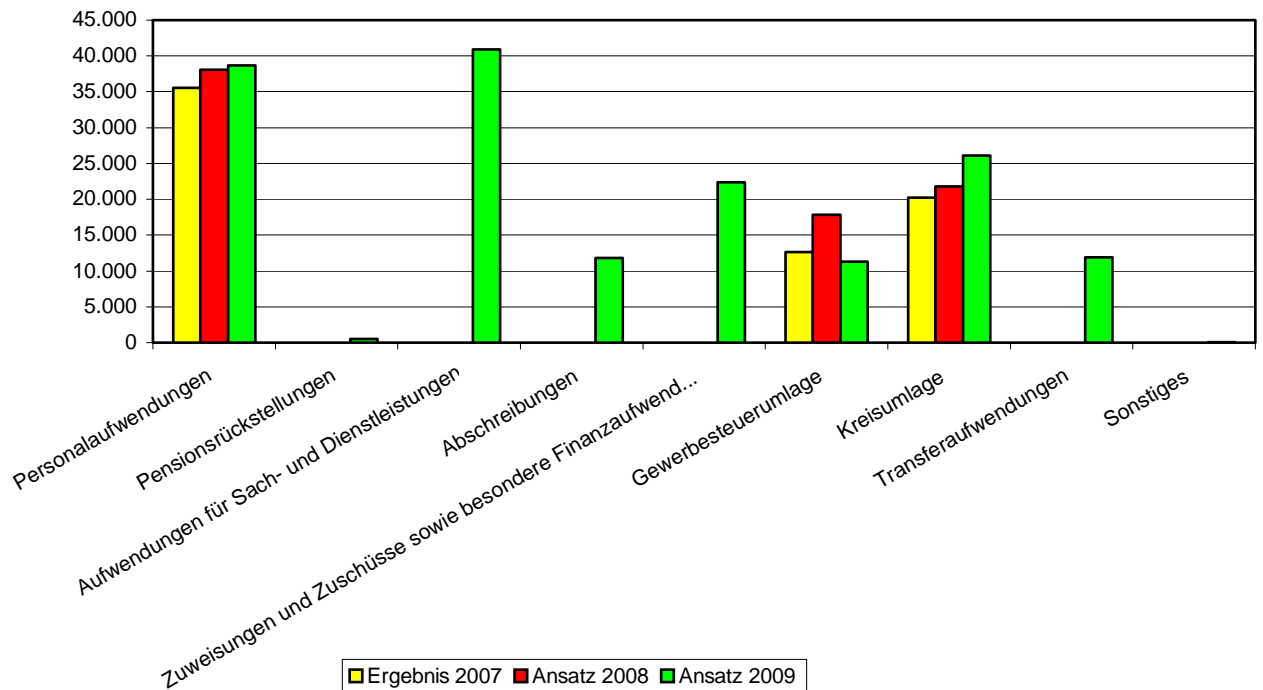
Da die Ansätze nur bedingt vergleichbar sind, enthält die Tabelle nur Vorjahreswerte, wenn eine direkte Vergleichbarkeit gegeben ist.

Aufwendungen Ergebnishaushalt 2009 nach Arten (in T€)

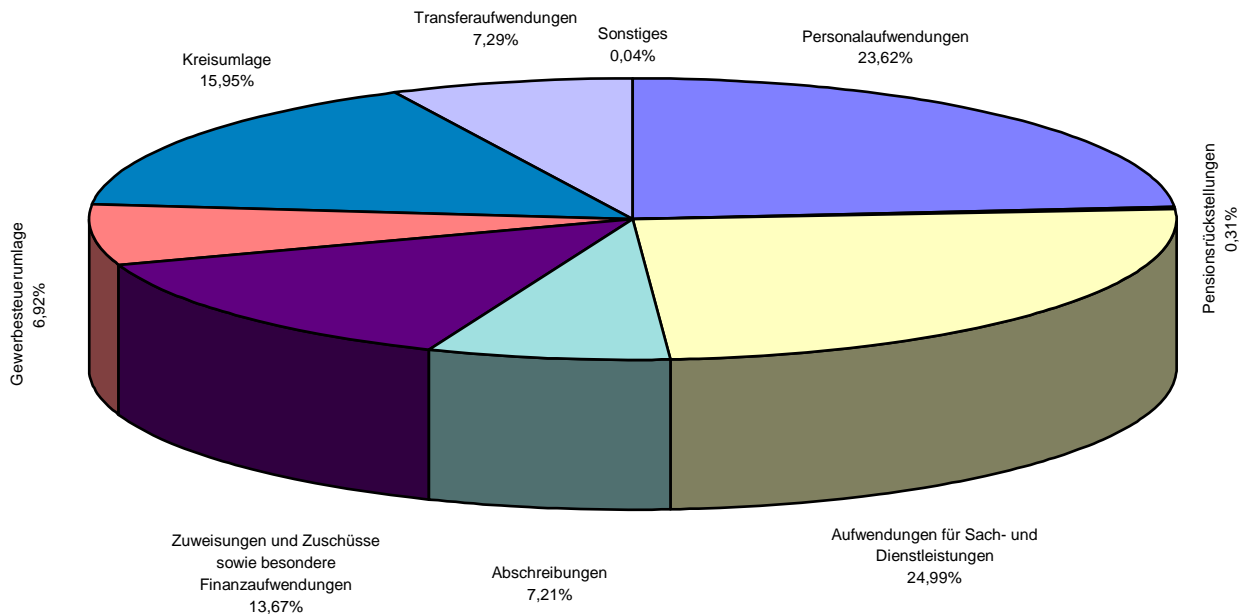


Aufwendungen Ergebnishaushalte 2007 bis 2009 nach Arten

(in T€)



Aufwendungen Ergebnishaushalt 2009 nach Arten



Auf die Ausführungen unter Punkt III. "Ausblick auf das Haushaltsjahr 2009, 1. Haushaltssituation, Ergebnishaushalt" wird verwiesen.

Der Werteverzehr des Anlage- und Umlaufvermögens ist im Ergebnishaushalt als Abschreibungen und als Auflösung von Sonderposten berücksichtigt. Die Abschreibungen des Anlagevermögens sind zur Zeit zentral im Produkt 110010 „...Abschreibungen...“ enthalten. Es ist perspektivisch geplant, diese Positionen auf die einzelnen Produkte zu verteilen.

Die Verrechnung der Gebäudebewirtschaftungskosten wird als interne Leistungsverrechnung bei den einzelnen Produkten ausgewiesen. Gleiches gilt für interne Mieten, Portokosten und die Kosten für den Stadtpass.

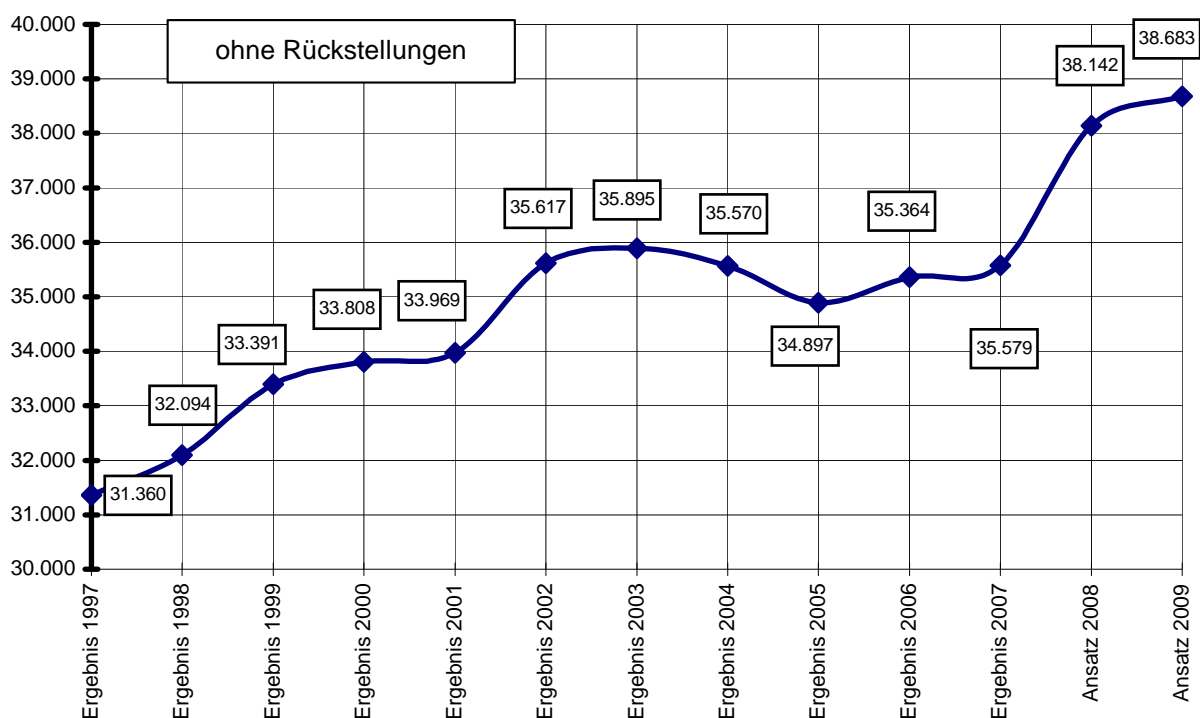
Der Berechnung der Kreisumlage liegt ein Kreisumlagesatz von 47 % zugrunde.

Für die Personalaufwendungen ergibt sich folgende Entwicklung:

Veranschlagung	Rechn.-Ergeb. 2007/T€	Ansatz 2008/T€	Ansatz 2009/T€
Personalaufwendungen (eigene Kräfte)	35.552	38.107	38.648
Pensionsrückstellungen	-	-	500
Summe der Personal- aufwendungen	35.552	38.107	39.148
nachrichtlich: Betriebsarzt	27	35	35

**Entwicklung der Personalaufwendungen
(einschließlich Betriebsarzt)**

in T€

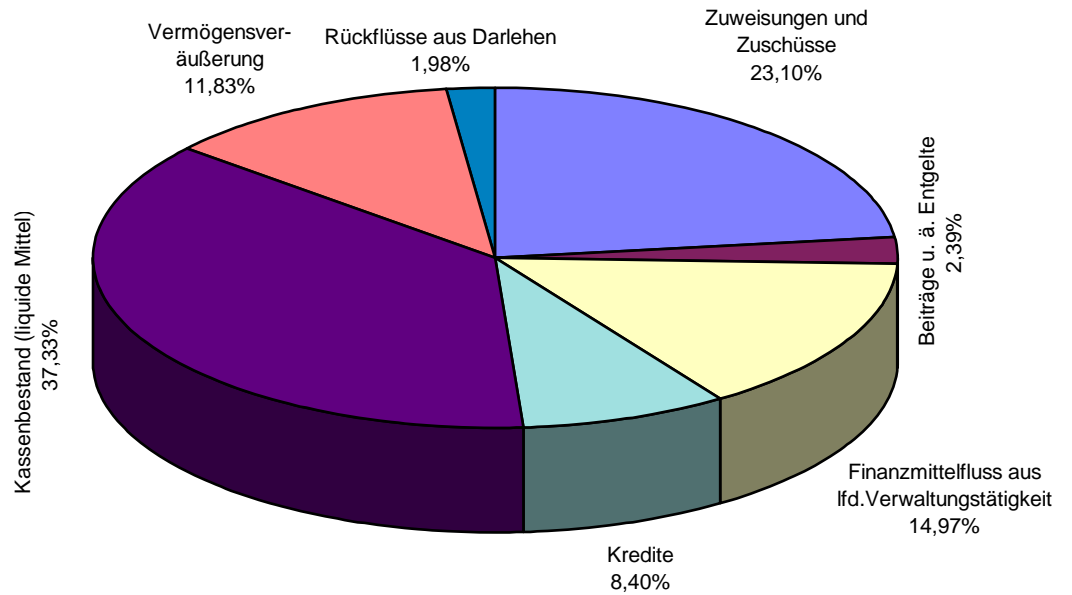


c) Einzahlungen des Finanzhaushaltes – Investitionen und Finanzierungstätigkeit –

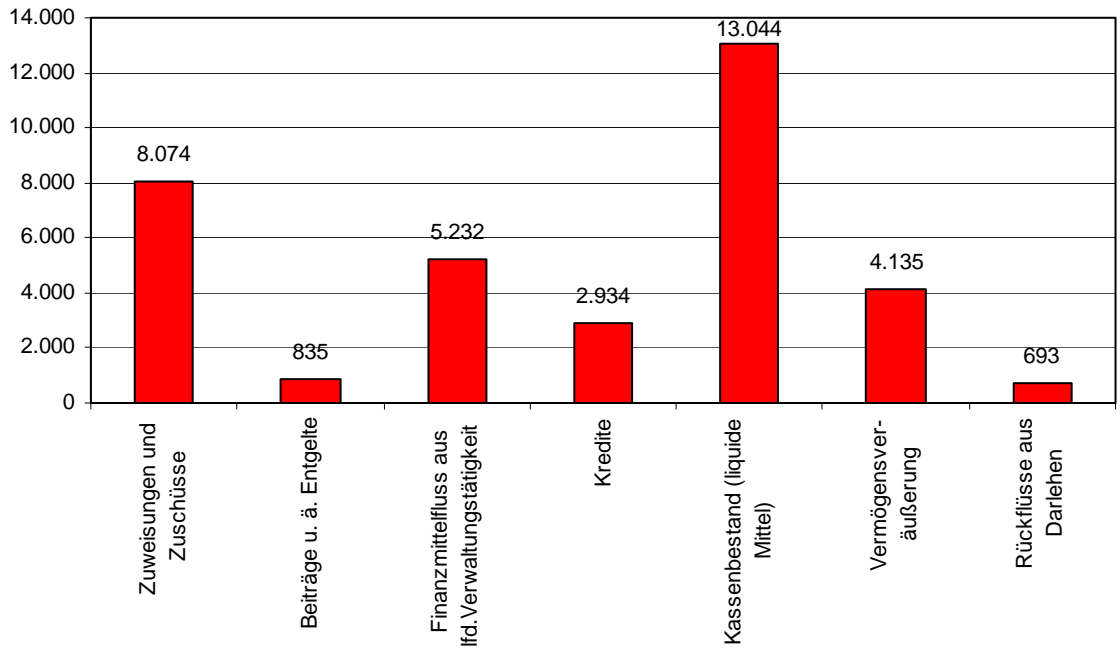
Einzahlungsart	Ergebnis 2007 T€	Ansatz 2008 T€	Ansatz 2009 T€	in % vom Volumen
Zuweisungen und Zuschüsse	5.979	9.019	8.074	23,1
Beiträge u. ä. Entgelte	492	851	835	2,4
Finanzmittelfluss aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-	-	5.232	15,0
Kredite	1.109	3.545	2.934	8,4
Kassenbestand (liquide Mittel)			13.044	37,3
Vermögensver- äußerung	31.335	2.945	4.135	11,8
Rückflüsse aus Darlehen	683	755	693	2,0
insgesamt			34.947	100,0

Da die Ansätze nur bedingt vergleichbar sind, enthält die Tabelle nur Vorjahreswerte, wenn eine direkte Vergleichbarkeit gegeben ist.

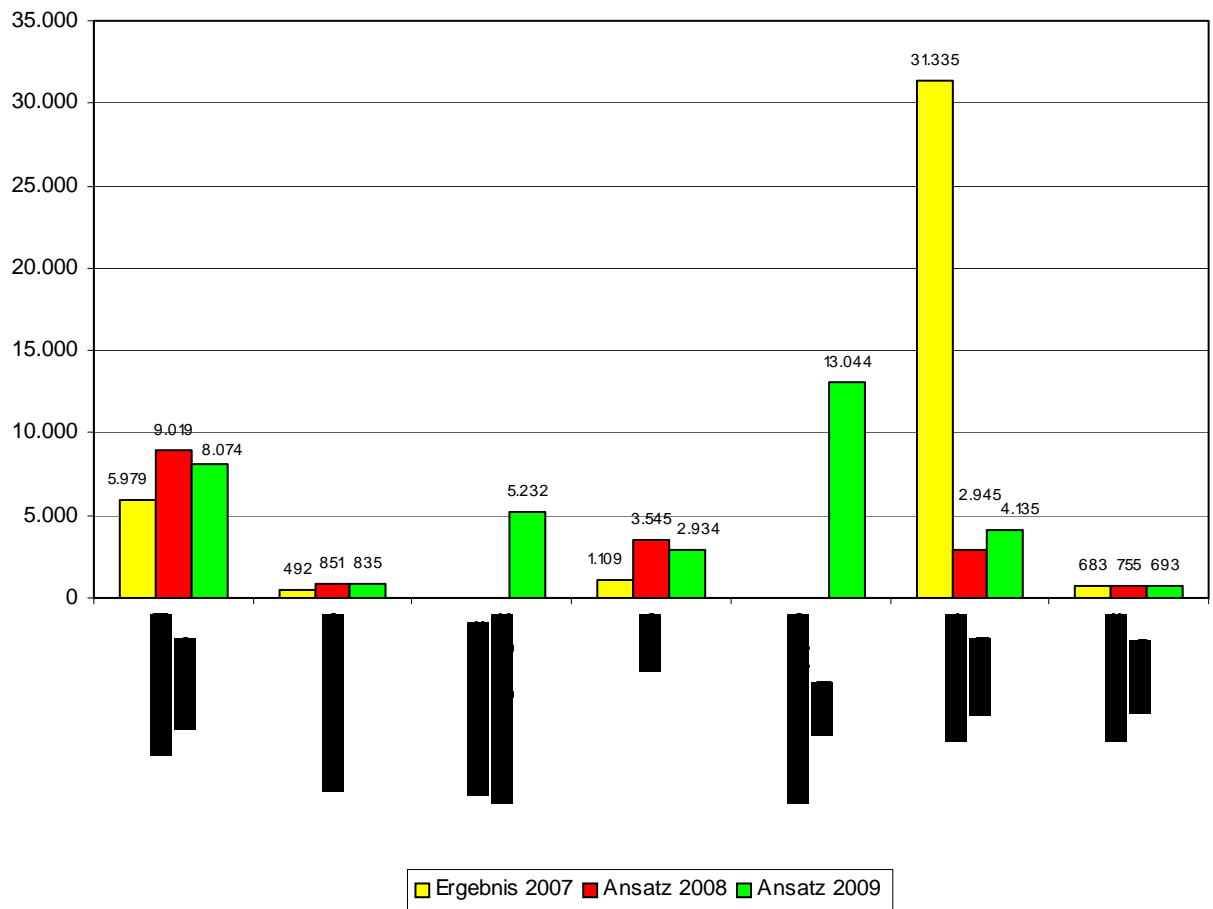
Einzahlungen Finanzhaushalt 2009
- Investitionen und Finanzierungstätigkeit -



Einzahlungen Finanzhaushalt 2009
- Investitionen und Finanzierungstätigkeit - (in T€)



Einzahlungen Finanzhaushalt 2009
- Investitionen und Finanzierungstätigkeit - (in T€)



Fördermittel vom Bund und Land sind insbesondere für die Bereiche "Ausbau Aquamar", "Kinderbetreuung", "Altstadtsanierung", "Stadterneuerung Richtsberg" und "Straßenbau" veranschlagt.

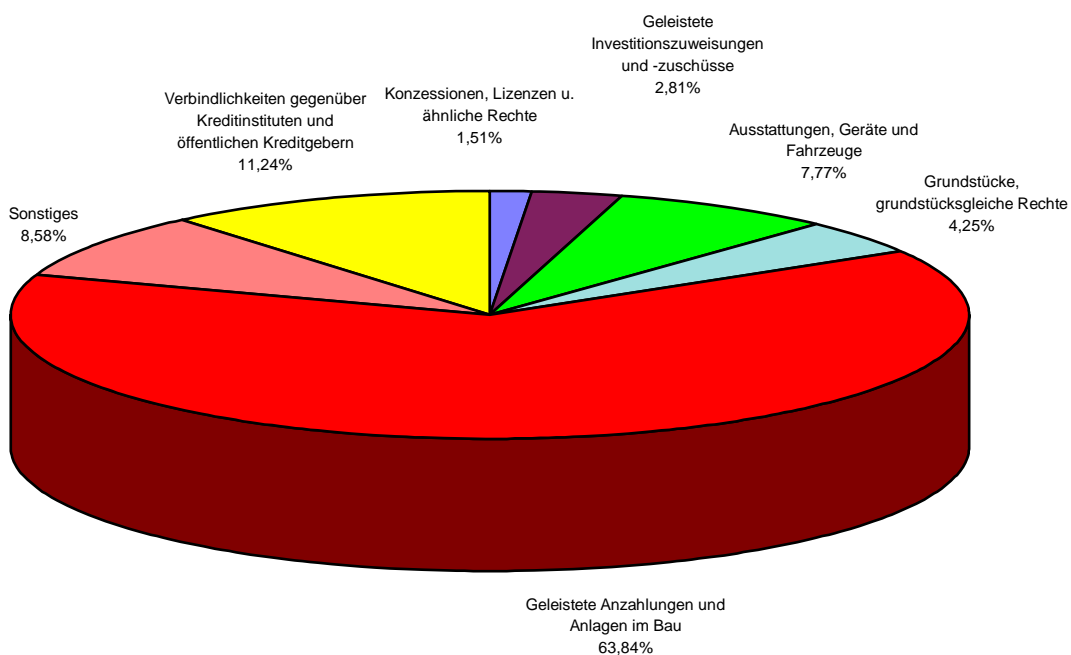
Die projektunabhängige Investitionspauschale für Schulbaumaßnahmen wird mit 1.865 T€ leicht unter Vorjahresniveau erwartet. Die 2000 eingeführte allgemeine Investitionspauschale wird auch 2009 mit 1.185 T€ beibehalten.

Eine Kreditaufnahme vom Kapitalmarkt ist nicht erforderlich, da wir über einen entsprechenden Kassenbestand verfügen. Lediglich zinslose Darlehen des Landes Hessen in Höhe von 2.934 T€ sind berücksichtigt.

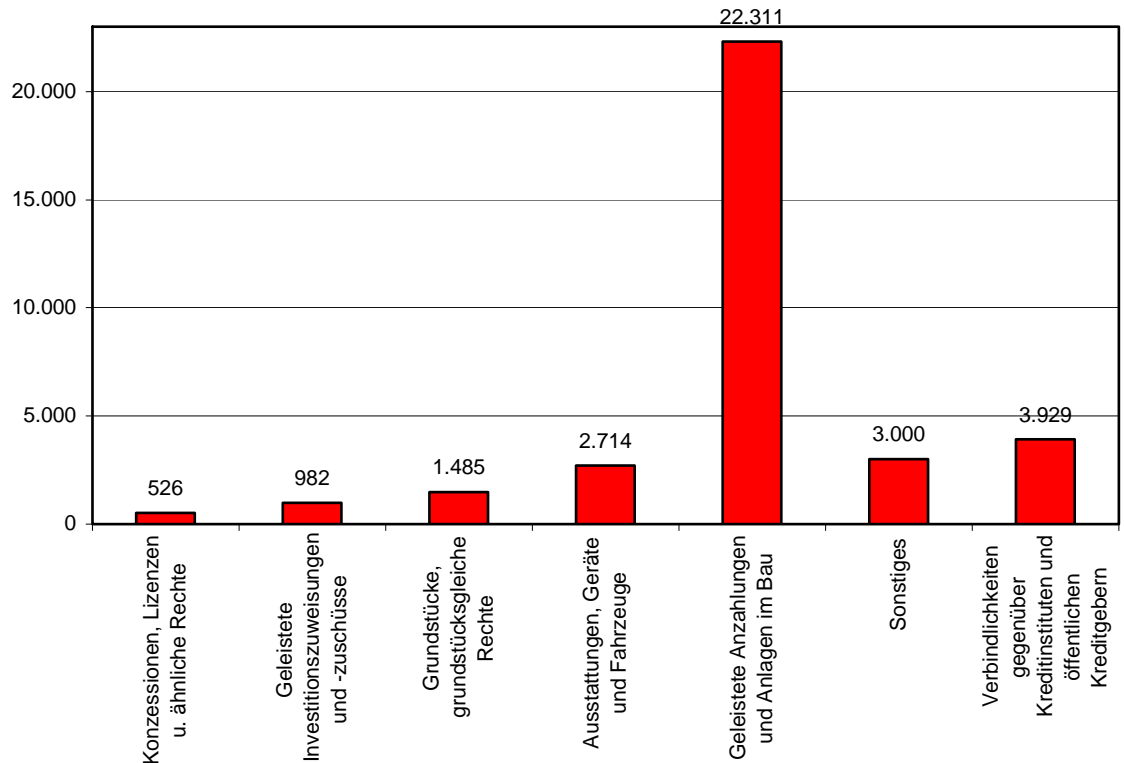
d) Auszahlungen des Finanzhaushaltes – Investitionen und Finanzierungstätigkeit –

Bezeichnung	2009 T€
Konzessionen, Lizenzen u. ähnliche Rechte	526
Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	982
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte	1.485
Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	1.734
Andere Anlagen, Betriebs- u. Geschäftsausstattung	980
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	22.311
Ausleihungen (Finanzanlagen)	2.980
Investitionsbeiträge	20
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.290
Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	<u>1.639</u>
insgesamt	34.947

Auszahlungen des Finanzhaushaltes – Investitionen und Finanzierungstätigkeit –



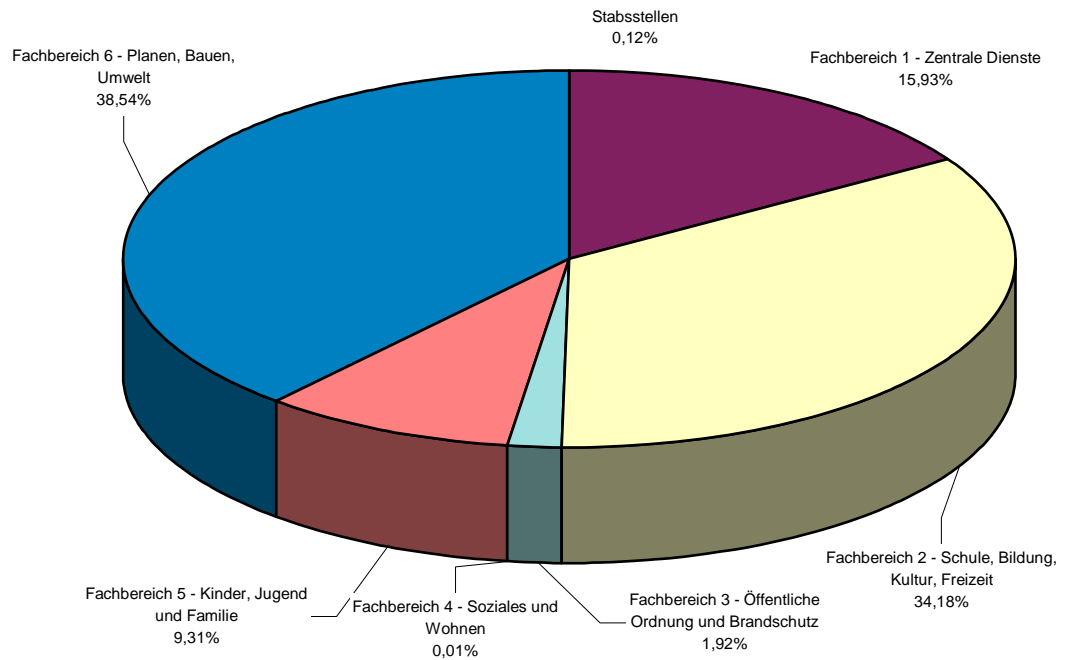
Auszahlungen des Finanzhaushaltes – Investitionen und Finanzierungstätigkeit – (in T€)



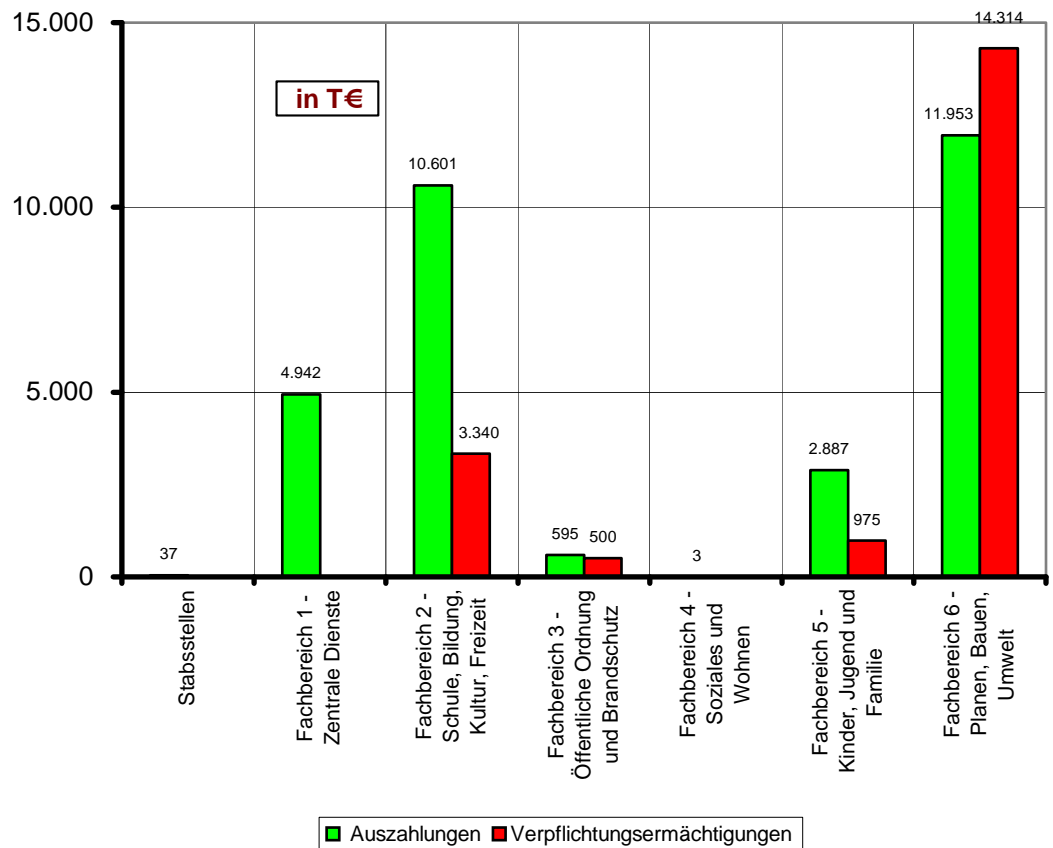
Die Investitionen verteilen sich wie folgt auf die Fachbereiche:

Bezeichnung	Auszahlungen 2009	Verpflichtungsermächtigungen 2009	Gesamtermächtigung 2009
Stabsstellen	37	0	37
Fachbereich 1 - Zentrale Dienste	4.942	0	4.942
Fachbereich 2 - Schule, Bildung, Kultur, Freizeit	10.601	3.340	13.941
Fachbereich 3 - Öffentliche Ordnung und Brandschutz	595	500	1.095
Fachbereich 4 - Soziales und Wohnen	3	0	3
Fachbereich 5 - Kinder, Jugend und Familie	2.887	975	3.862
Fachbereich 6 - Planen, Bauen, Umwelt	<u>11.953</u>	<u>14.314</u>	<u>26.267</u>
insgesamt	31.018	19.129	50.147

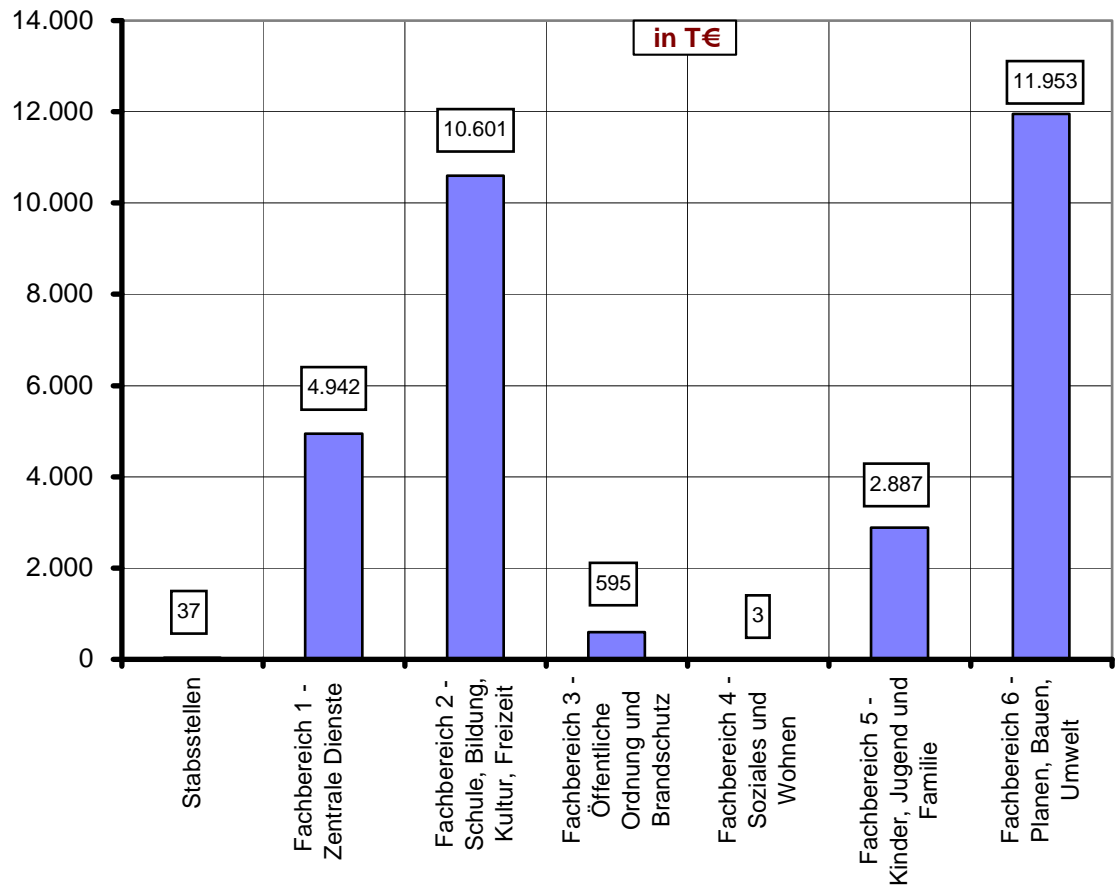
Auszahlungen für Investitionen 2009 nach Fachbereichen



Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen für Investitionen 2009 nach Fachbereichen



Auszahlungen für Investitionen 2009 nach Fachbereichen



In den Förderleistungen für Investitionen Dritter ist der Gesamtbetrag der Zahlungen an den Sanierungsträger enthalten, der über die vom Bund, Land Hessen und der Stadt Marburg aufzubringenden Städtebauförderungsmittel finanziert wird.

Nähere Einzelheiten über die geplanten Investitionen können auch dem Finanzplan und dem Investitionsprogramm entnommen werden.

3. Vermögensentwicklung

Stand am Ende des Haushaltsjahres/T€

	2007	2008	2009
a) <u>Forderungen des Anlagevermögens</u>			
Darlehensforderungen	20.964	21.298	23.585
Zinsverbilligungen	49	0	0

		Stand am Ende des Haushaltsjahres/T€		
		2007	2008	2009
	Beteiligungen an Gesellschaften	33.874	33.874	33.874
b)	<u>Langfr. Verbindlichkeiten</u>			
	Schulden vom Kapitalmarkt	52.570	41.055	38.766
	Schulden bei Gebietskörperschaften	<u>17.691</u>	<u>17.893</u>	<u>19.187</u>
		70.261	58.948	57.953

4. Entwicklung der Rücklagen

		Stand am Ende des Haushaltsjahres/T€		
		2007	2008	2009
a)	<u>Rücklagen (kameral)</u>			
	Allgemeine Rücklage	11.869	42.000	---
	Sonderrücklagen	2.707	3.328	---
b)	<u>Rücklagen (doppisch)</u>			
	Ergebnisrücklagen			
	Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	---	---	46.109
	Zweckgebundene Rücklagen			
	Zweckgebundene Rücklage Müll (Gebührenausgleichsrücklage)	341	787	1.269
	Sonderrücklagen (ehemals Sondervermögen)			
	Adolf- und Luisa-Haeuser-Stiftung	1.693	1.701	1.709
	Stiftung und Schenkung des Regierungsrates a. D. Springer	37	37	37
	Stiftung Schubarth	34	34	33

5. Entwicklung der Bürgschaften

Auch im Haushaltsjahr 2008 hat die Stadt Marburg wieder Bürgschaften übernommen.

Die GeWoBau hat 2008 ihr Photovoltaik-Projekt weitergeführt und eine Maßnahme umgesetzt. Damit dieses Projekt finanziert werden konnte, hat die Stadt Marburg hierfür eine Bürgschaft in Höhe v. 38.500 € übernommen.

Zudem wurde eine Bürgschaft in Höhe v. 40.000 € für die Gründung einer Montessori-Grundschule in Wehrda gegenüber der Montessori-Initiative-Marburg e.V. übernommen.

Die Übernahme von Bürgschaften im Haushaltsjahr 2009 ist noch nicht absehbar.